

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Begünstiger der Parchim-Mörder.

### Drei führende Klobach-Beute verhaftet.

Leipzig, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs hat in der Parchimer Mordsache drei weitere Verhaftungen angeordnet, und zwar gegen drei leitende Persönlichkeiten der von Klobach gegründeten, inzwischen verbotenen „Turnerschaften“ der deutschvölkischen Freiheitspartei, Köpfe, Bernhard und v. Tellenborn. Die beiden ersten wurden in Berlin verhaftet und sind bereits abgeliefert worden, der letztere wurde in Hamburg festgenommen und befindet sich momentan auf dem Transport hierher.

Sie werden beschuldigt, an der Verdunkelung der Parchimer Mordtat mitgewirkt zu haben, indem sie einem der am Mord Beteiligten zur Flucht verholfen. Zu diesem Zweck stand auf dem Bureau der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Berlin eine Botschaft, in der außer diesen drei auch der inzwischen schon verhaftete Sekretär Klobachs in Wanneke, Richter, teilnahm. v. Tellenborn stellte die Geldmittel für die Flucht zur Verfügung, während Köpfe die Adresse, an die der Mörder verwiesen werden sollte, mitteilte. Es war dies die Adresse des Deutschvölkischen Verlags „Der Sturm“ in Hannover, Heinrichstraße 58. Bernhard war seinerzeit, zugleich mit Richter, in Wanneke verhaftet worden, jedoch vom Berliner Untersuchungsrichter wieder freigelassen worden. Tellenborn war der Einberufer jener geheimen, von Klobach geleiteten Versammlung in Wanneke, die Ende Februar unter Beteiligung von Reichswehroffizieren stattgefunden hatte und von der Polizei ausgehoben worden war. Im Zusammenhang damit war Tellenborn verhaftet, nach Leipzig transportiert, jedoch Mitte Juni wieder freigelassen worden. Gleich nach seiner Rückkehr aus Leipzig nahm er an jener Besprechung zwecks Begünstigung der Parchimer Mörder teil, wegen der seine neuerliche Festnahme angeordnet worden ist.

### Ehrhardt-Prozess ohne Ehrhardt.

Der Ehrhardt-Prozess, der voraussichtlich nur die Prinzessin Hohenlohe auf der Anklagebank sehen wird, nimmt am Montag, den 23. Juli, bestimmt seinen Anfang. Die

### Entscheidende Kabinettsitzung in London.

London, 20. Juli. (WTB.) Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, die Verzögerung in der Feststellung der diplomatischen Schriftstücke über die Reparations- und die Ruhrfrage sei nicht auf Meinungsverschiedenheiten über politische Fragen unter den Ministern zurückzuführen, sondern vielmehr auf den Wunsch, so weit wie möglich keinerlei Empfindlichkeiten zu verletzen. Man hoffe, daß auf einer für heute im Unterhaus anberaumten Kabinettsitzung der Wortlaut der Rote endgültige Billigung finden werde, was gestern schon bezüglich ihres Inhaltes der Fall gewesen sei.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hört, daß ebenso wie bei der ministeriellen Erklärung in der vorigen Woche auch an dem Wortlaut der Schriftstücke

#### sehr wesentliche Änderungen

vorgenommen worden seien. Die meisten dieser Änderungen hätten sich auf die sprachliche Fassung bezogen und seien auf den Wunsch zurückzuführen, den britischen Standpunkt, je stärker er in sich selbst sei, um so ruhiger und höflicher darzulegen. Entgegen anders lautenden Gerüchten könne berichtet werden, daß kein Versuch gemacht worden sei, das Kabinett von den

#### grundlegenden und festgestellten Prinzipien

seiner Politik bezüglich der fraglichen Probleme abzubringen, da dies dem britischen Reich im Ausland, besonders in Amerika, schweren moralischen Schaden zufügen würde. Uebrigens seien jetzt angesichts des Ernstes und der Bedeutung des Problems vom nationalen Standpunkte aus die Ansichten von Staatsmännern eingeholt worden, die nicht dem Kabinett angehören, besonders eines „älteren Staatsmannes“, (Gree? Red. d. B.), der im In- und Ausland große Achtung und großes Vertrauen genießt.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ führt weiter aus, die Atmosphäre in offiziellen diplomatischen Kreisen schiene optimistischer geworden zu sein. Von außen betrachtet, sei es aber zweifelhaft, ob in der interalliierten Lage irgendeine Wendung eingetreten sei, die den Optimismus verstärke. Die letzten in London eingelaufenen Angaben über die voraussichtliche Haltung der französischen Regierung lauteten dahin: Poincaré werde vielleicht der Unmöglichkeit der militärischen Befehle zustimmen, vorausgesetzt, daß er mit der Nachgiebigkeit der deutschen Regierung zufrieden sei. Er werde sich aber

nicht bereit zeigen, die Befehle zu einem baldigen Zeitpunkt vollkommen zu beenden.

Besonders im Eiferer Bezirk werde er sie aufrechterhalten, bis Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber Frankreich vollkommen erfüllt habe. Außerdem wolle Poincaré

#### nicht auf die gegenwärtige Eisenbahnregie verzichten

und werde die Beibehaltung der produktiven Pfänder und französischer oder alliierter Kontrolle vorschlagen. Dies würde bedeuten, daß auf dem linken Rheinufer keine absolute Rückkehr zu dem Regime der Zeit vor der Ruhrbesetzung erfolgen könnte. Die belgische Regierung habe das Verdienst, in Sachverständigen-Berichten einen Berührungspunkt mit der britischen Auffassung durch den Vorschlag „launmännischer“ Zahlungsmethoden gefunden zu haben. Aber wenn auch die Auffassung vertreten werde, daß auf dieser Grundlage ein Abkommen erreicht werden könnte, so genüge

Verhandlung beginnt um 9 1/2 Uhr im großen Sitzungssaal des Reichsgerichts, sie dürfte höchstens von zweitägiger Dauer sein, da sich ja die Beweisaufnahme nur mit der Begünstigung Ehrhardts und mit der Aussage der Prinzessin vor dem Untersuchungsrichter Dr. Weh zu befassen hat und inselgedessen nur ein kleiner Teil der für den Ehrhardt-Prozess vorgesehenen Zeugen vernommen werden dürfte. Oberreichsanwalt Ebermeyer wird die Anklage selbst vertreten.

Der im Zusammenhang mit der Flucht Ehrhardts in Berlin verhaftete ist inzwischen nach Leipzig übergeführt und in die Gefangenenanstalt II eingeliefert worden.

Die Prinzessin Margarete von Hohenlohe-Dehringen wird zu den Verhandlungen vor dem Untersuchungsrichter mit verbundenen Augen geführt. Durch diese Maßnahme soll der Prinzessin die Möglichkeit genommen werden, sich über die Einrichtungen des Gefängnisgebäudes zu orientieren.

### Anfermann geständig.

Wien, 20. Juli. (WTB.) Wie die Blätter melden, gestand der hier verhaftete deutsche Oberleutnant Walter Anfermann, daß er an dem Anschlag auf Maximilian Harden beteiligt gewesen sei. Die Verhandlungen wegen der Auslieferung Anfermanns würden demnächst beginnen.

### Tagung des Stahlhelms in München.

München, 20. Juli. (TL.) Gestern traf in München ein Sonderzug mit über 3000 Vertretern des Stahlhelmbundes aus allen Teilen Deutschlands ein. Nach Antritt des Sonderzuges marschieren die Teilnehmer mit über 40 Fahnen zum Augustinerkeller. Die auf mehrere Tage berechnete Tagung des Stahlhelmbundes wurde gestern durch einen vaterländischen Abend eingeleitet.

man damit noch nicht der Notwendigkeit, eine Formel zu finden, die Deutschland die Einstellung des passiven Widerstandes auf Vorschlag Großbritanniens oder der Alliierten gemeinsam ermöglichte.

Der Berichterstatter tritt mehreren, von ausländischen Kritikern verbreiteten falschen Meinungen entgegen, von denen einer behauptet, England habe eine andere Regierung ermutigt, zu intervenieren, um von Berlin die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen. Eine andere Nachricht habe behauptet, daß bei der Besprechung zwischen Lord Curzon und Reichsminister Stäcker am Mittwoch der letztere auf Anregung des britischen Staatssekretärs des Neuhern angedeutet habe, seine Regierung sei bereit zu kapitulieren und Großbritannien ausschließlich die Sorge für die Kapitulationsverhandlungen zu übernehmen. Der Berichterstatter stellt nachdrücklich fest, daß hiervon in britischen Kreisen nichts bekannt sei.

### Militärbündnisse trotz Völkerbund?

#### Ein Eingeständnis des polnischen Ministerpräsidenten.

Krakau, 20. Juli. (WTB.) (Verspätet eingetroffen.) Bei einem Parteimeeting der Volkspartei Pöst in Larnow hielt Ministerpräsident Witos eine politische Rede, die von seinem Organ „Kurier Chotlemni“ als Programmrede bezeichnet wird. In Besprechung der auswärtigen Politik erklärte Ministerpräsident Witos, daß Polen zwecks Sicherstellung der Unabhängigkeit des Staates mit Frankreich und Rumänien Bündnisse geschlossen habe, was in Zukunft Polen zur Aufrechterhaltung einer starken Armee verpflichte. 40 Proz. der Budgetausgaben würden von der Armee verschlungen (!). Polen müsse sich dessen bewußt sein, erklärte ferner Ministerpräsident Witos, daß Rußland groß geblieben und Deutschland, wenn auch vorübergehend niedergehalten, in der Zukunft keine Kraft wiedergewinnen und zu Revanche und Wiedereroberung schreiten könne. Deshalb müsse Polen Garantien und Sicherstellungen suchen. Was die innere Politik anbelangt, so werde keine polnische Regierung zulassen, daß das Schicksal des Staates von einigen Gruppen Juden und Wehrkräften, welche gegen den Staat Komplote stiften, abhängen.

### Nachgeben der Reichsbank?

Die Vorgänge im gestrigen Devisenverkehr bildeten heute den Gegenstand lebhaftester Erörterungen an der Börse. Mit großer Spannung sieht man den Ergebnissen der Beratungen zwischen den Großbanken und dem Reichsbankdirektorium entgegen. Diese Verhandlungen dauerten bei Beginn des heutigen Devisenverkehrs noch an. Inmerhin kann man aus dem Verhalten des Vertreters der Reichsbank bei der Devisenzuteilung gewisse Schlüsse ziehen. Anscheinend hat man sich dahin geeinigt, daß die Reichsbank durch eine gewisse Lockerung des Druckes auf die Devisen der inländischen Besitzer einen stärkeren Anreiz zum Verkaufe bietet. Andererseits scheinen aber die Banken weitgehende Zusage hinsichtlich der Finanzierung der Devisenbeiträge und der Handhabung des Wechselkredits überhaupt gemacht zu haben.

Als erste Devisen wurde heute Auszahlung London mit 1 300 000 notiert bei einer Zuteilung von 5 Proz.

### Geduldprobe.

Der Entwurf einer Antwort auf das deutsche Memorandum, der nach früheren Meldungen schon am Montag, spätestens am Dienstag dieser Woche fertiggestellt sein sollte, unterliegt noch immer den Beratungen des Londoner Kabinetts, und es heißt jetzt, daß seine Versendung an die Alliierten und an Amerika erst in der nächsten Woche zu erwarten sei. Es kann nicht verhehlt werden, daß diese Verzögerung einermassen enttäuschend wirkt. Die Erklärung Baldwins im Unterhaus wurde allgemein so aufgefaßt, als ob die Londoner Regierung bereits einen festen Plan gefaßt hätte und als ob hier ein erster, wohlvorbereiteter Schritt getan werde, dem der zweite nicht minder gut vorbereitete folgen sollte. Diese Annahme wird nun durch die eingetretene Verzögerung widerlegt und man kann sich nicht wundern, daß die Pariser Regierungspreise inselgedessen ein recht vernünftiges Gesicht aufweist.

Einstweilen ist die Politik Frankreichs die einzige in Europa, die mit aggressiver Entschlossenheit auf bestimmte Ziele zuuert. Diese Ziele sind für ganz Europa, einschließlich Frankreichs, verderblich, und die zu ihrer Erreichung angewandten Mittel werden fast von der ganzen Welt lauter oder leiser mißbilligt. Nicht bloß in Deutschland ist es daher begrüßt worden, daß England entschlossen schien, der Diktatur, die der französische nationale Block über Europa übt, ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Nicht bloß in Deutschland fragt man sich heute, ob dieser englische Entschluß einen Bruch oder eine Beugung erlitten hat, und ob die Erklärung Baldwins am Ende doch nichts anderes gewesen sei als eine Sammlung guter Vorsätze, zu deren Ausführung die Kraft fehle.

Solchen Erwägungen und Befürchtungen muß jedoch entgegengehalten werden, daß die traditionelle englische Politik, zumal die der konservativen Regierungen, alle Jüge von Bedächtigkeit an sich trägt, aber dabei doch einmal gesteckte Ziele mit großer Zähigkeit verfolgt. Nach der Erklärung Baldwins gibt es für sie kaum noch ein Zurück.

Die Erklärung Baldwins war ein Erfolg, den die Ruhrbevölkerung durch ihren passiven Widerstand erreicht hat. Sie hat erreicht, daß sich die Welt um ihr Schicksal kümmert, sie darf jetzt die Hoffnung hegen, daß sie nicht auf eine unbestimmte Zeit hinaus der militärischen Willkürherrschaft Frankreichs überlassen bleibt. Der Zweck des passiven Widerstandes ist von Anfang an hier dahin umschrieben worden, daß es darauf ankomme, England — womöglich auch Amerika — wieder ins Spiel zu bringen und für eine wirkliche internationale, nicht unter dem einseitigen Diktat Frankreichs erfolgende Lösung der Reparationsprobleme den Boden vorzubereiten.

Die französische Regierung bleibt indes noch immer dabei, die Aufgabe des passiven Widerstandes, das heißt die Kapitulation der Ruhrbevölkerung vor ihrem Wackwillen, zu verlangen. Sie will nicht einmal die mäßigsten Bedingungen zugestehen, unter denen der passive Widerstand eingestellt werden soll, sie fordert bedingungslose Uebergabe. Wenn nun die englische Politik auf ein Kompromiß mit Frankreich hinarbeitet, so entsteht die Gefahr, daß Frankreich schließlich England gegenüber doch seinen Willen durchsetzt: das heißt, daß schließlich gegen nur scheinbare und nichtige Zugeständnisse von Deutschland ein wirkliches und ungeheures Zugeständnis, eben die Aufgabe des passiven Widerstandes verlangt wird.

Es ist hier schon oft gesagt worden, daß in der Frage des passiven Widerstandes in irgendeinem Stadium künftiger Verhandlungen eine Vereinbarung erzielt werden muß. Allein diese Vereinbarung kann unmöglich nur das Werk von Diplomaten sein, bei dem die Ruhrbevölkerung als ein willenloses Objekt behandelt würde. Die Stimmung dieser Bevölkerung, die durch Erschießung und Enterteuerung unschuldiger Volksgenossen, durch brutale Massenausweisungen, durch ein raffiniertes System der organisierten Dual aufs äußerste erbittert ist, muß bei allen Verhandlungen mit in Rechnung gestellt werden. Und wenn — warum sollte man darüber schweigen? — von Zeichen der Zermürbung gesprochen wird, die sich an manchen Stellen der Ruhrfront bemerkbar machen, so wäre es doch der schlimmste Trugschluß, aus ihnen zu folgern, daß sich die Bevölkerung mit der französischen Gewalttherrschaft abzufinden beginne. Es ist nur selbstverständlich, daß ein sechs Monate lang ausgeübtes System der ständig gesteigerten Bedrückung und Bedrohung schließlich auch schwache Stellen findet, an denen es sich durchdrückt und jenseit. Aber weder wird das Ruhrgebiet auf solche Weise zum „produktiven Pfand“, noch wird dadurch der feindliche Gegensatz zwischen der friedlichen Bevölkerung und den militärischen Eindringlingen gemildert.

Ist es denkbar, daß sich England von der französischen Politik in eine Rolle drängen läßt, in der es der Ruhrbevölkerung und der übrigen Welt schließlich als ein Helfer der französischen Gewaltpolitik erscheinen würde? Ist es denkbar, daß sich England mit Frankreich über Scheinbedingungen einigt, unter denen es dann mit ihm gemeinsam die Aufgabe des passiven Widerstandes fordert? Wir wollen diese Frage nicht beantworten, aber soviel ist klar: würde dieser Fall eintreten, so würde die europäische Politik in dem Fehlerkreis verharren, in dem sie sich seit Jahren bewegt, und England wäre damit abermals wider Willen zum Werkzeug des französischen Imperialismus geworden.

Daß England und Amerika zwar Frankreich helfen, Deutschland zu besiegen, daß sie aber dann es Frankreich überlassen, einen Sieg auszunutzen, den es doch nicht allein er-

rungen hatte, das ist die entscheidende Ursache der Verwirrung, in der sich Europa befindet. Eine Wiederholung dieses Spiels würde die Welt um keinen Schritt vorwärts bringen.

Niemand in Deutschland wird sich darüber täuschen, daß eine Fortsetzung des Widerstandes gegen eine wieder geeinte Entente auf unbestimmte Zeit hinaus eine unmögliche Fiktion wäre. Und zweifellos wäre es für England unendlich bequemer, vereint mit Frankreich und als dessen politisches Hilfsorgan Deutschland den gemeinsamen Willen auszuüben, als Frankreich auf seiner verderblichen Bahn zum Einlenken zu bewegen. Aber ein solcher Rückfall in alte Methoden, die schließlich von ganz England als verfehlt erkannt sind, wäre so widersinnig, daß, wenn er wirklich erfolgte, die Weltgeschichte ihren Sinn verloren hätte.

Einstweilen steht nur so viel fest, daß eine Lösung der Ruhrfrage auf dem Wege internationaler Verhandlungen viel Zeit erfordern wird. Noch immer gilt für das deutsche Volk und die gequälte Bevölkerung der besetzten Gebiete als Leitspruch das Wort, das der Einsame von Salas y Gomez auf seinen Schieferstein schrieb: „Geduld erlerne!“

### Interalliierte Ministerpräsidentenkonferenz?

London, 20. Juli. (W.Z.) Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ bezeichnet es als möglich, daß es vor Abendung der britischen Antwort an Berlin zu einer Zusammenkunft zwischen den alliierten Premierministern kommen werde.

### Ein neuer Kurs in Mecklenburg-Strelitz.

Kommunisten und Demokraten — Geburtshelfer einer Rechtsregierung?

Am 31. Juli tritt der neugewählte Landtag von Mecklenburg-Strelitz zu seiner ersten Sitzung zusammen, und als erster Erfolg des „Sieg“ der Kommunisten droht eine Rechtsregierung den Einzug in das kleine Ländchen zu halten, in dem seit der Umwälzung des November die Sozialdemokraten einen ausschlaggebenden Einfluß ausübten. Fünfzehn Sozialdemokraten, 5 Demokraten und 1 früherer Unabhängiger bildeten bisher die 21 Abgeordnete zählende Mehrheit des 35 Mandate umfassenden Landtages. Von den 16 sozialdemokratischen Sitzen haben die Kommunisten jetzt 9 inne, einer ging an die Partei der Häusler und Bürger über und 8 verblieben bei uns. Wenn die Kommunisten ihre sieben Stimmen nicht bedingungslos mit den unseren vereinen, dann ist die Grundlage für eine Linksregierung von vornherein zerstört, und die erste Wirkung des kommunistischen Erfolges wäre eine deutschnational-völkische Landesregierung vor den Toren Berlins, die den putschistischen Gebilden der Gräsepartei willig Unterschlupf gewähren würde, was in diesem Teil Mecklenburgs bislang erwünscht war, weil unser Genosse v. Reibnitz als Innenminister darauf ein wachames Auge hatte.

Um zu diesem trüben Ergebnis zu kommen, würde allerdings eine völlige Rechtschwenkung der Demokraten mit ihrem bisherigen Minister Hustedt nötig sein. Die Rechte — bestehend aus 9 Deutschnationalen, 3 Völkischen und 2 Volksparteiern — ist nämlich nur regierungsfähig, wenn Herr Hustedt mit seinen vier Gefolgsmannschaften ihr den Steigbügel hält bzw. selbst in diese Koalition mit eintritt. Im Lande geht das Gerücht, daß er dazu bereit sei, nachdem er 3 1/2 Jahre lang mit den Sozialdemokraten gegen die Rechte regiert habe, jetzt den Mantel zu drehen und mit den Deutschnationalen und Völkischen gegen die Sozialdemokraten zu regieren. Unsere Genossen glauben nicht, daß er dazu fähig ist und sind bereit, den Versuch zur Abwehr des gefährdeten Experiments zu machen, wenn man die Situation rechts und links von ihr begreift. Im Reiche wird man mit großem Interesse verfolgen müssen, was in dem Mikrokosmos des kleinen Landes sich vollzieht, es ist von symptomatischer Bedeutung für die allgemeine Entwicklung und von Wichtigkeit für die Beurteilung der Taktik der Parteien. Man sollte annehmen, daß keine von den Linksparteien ein Interesse daran hat, ausgerechnet in Mecklenburg der Rechten in den Sattel zu helfen.

### Mond in der Stadt.

Von Paul Richard Henkel.

Wenn die Nacht ihren dunklen Mantel über die Stadt gekleidet hat, kommt leise der Mond. Bleich und fast wie voll, schwebt er durch leere Gassen, mühsam mit seinem blassen Licht die Dunkelheit durchdringend. Hart an die Mauern gedrängt, geht er langsam von Haus zu Haus, schaut in die Fenster, hinter denen die Menschen schlafen, und geht leise vorüber. Aber an anderen Fenstern bleibt er stehen, zaudernd, voll Erbarmen wie einer, der helfen will und zu schwachen Händen hat.

Das sind die Häuser, in denen Menschen wohnen, die nichts vom Segen der Nacht wissen, weil ihre Rot sie nicht schlafen läßt, oder die Nacht erwarten, um wachen Auges sinnen und träumen zu können über Dinge, die ihnen der Tag verwehrt. Hier träumt ein schmaler Lichtstreif über ein blondes Kind, das im Hunger weint; dort über ein blasses Gesicht, das mit starren Augen ins Weite blickt. Ein junges Mädchen, vor kurzen Wochen am ersten Kuss froh geworden, weint über einem letzten Briefe, und tröstend streicht der Mond über ihren Scheitel. Aber er darf nicht verweilen. So viele sind noch, die er grüßen, denen er spürliches, aber mildes Licht in ihre Dunkelheit bringen muß. Die denken kaum an ihn und erwarten ihn doch, weil sie sich dann nicht mehr allein fühlen. Manchmal fangen die Menschen auch an, mit ihm zu sprechen. Das sind die, die am einsamsten sind. Freundlich hört er ihnen dann zu und lächelt leise, und wenn die Menschen dies lächeln sehen, denken sie oft: „Vielleicht wird noch alles gut.“

Da sitzen zwei in einem Zimmer, die sich lieb haben und doch in dieser Nacht nur heftige und bittere Worte für einander fanden. Wie eine Mauer hat sich die Dunkelheit zwischen sie gestellt und sie fühlen sich fremd und allein. Da steht sich heimlich ein silberner Strahl des nächtlichen Wanderers durchs Fenster. Und wie sie aufblicken, sieht jeder, daß die Augen des anderen feucht geworden sind. Da reichen sie sich wortlos die Hände.

Und wenn der Mond durch alle Gassen gegangen ist und am anderen Ende der Stadt wieder im Nebelgrau des Morgens verschwindet, weiß er, daß es auch in der Nacht ein Leben und Wachsein gibt, nicht laut und fröhlich, aber innig und duldernd — und weiß, daß er Freude und Trost gebracht hat. Die glücklich sind und in der Sonne leben, wissen nicht, wieviel ihnen die Sonne ist; aber die anderen, die im Dunkeln stehen, tragen Sehnsucht nach dem kleinsten, silbernen Licht.

„Und wo die Menschen erhaben sind über alles Irdische an Blut und Gut.“ Man schreibt uns: Es war in Hildesheim, dem norddeutschen Nürnberg. Da bis zur Abfahrt des Zuges noch einige Stunden Zeit waren, schlenderte ich durch die Straßen und Gassen dieser an Altertümlichkeiten so reichen Stadt und erquidete mein Auge

### Deutschnationale Wahrheitsliebe.

Genosse Dittmann, der die sozialdemokratische Fehrenbach-Interpellation im Reichstage begründete, schreibt uns:

Der Erlanger Theologieprofessor Dr. Strathmann, der im Reichstage als Redner der deutschnationalen Fraktion für die Aufrechterhaltung des Zuchthausurteils gegen Fehrenbach eintrat, hat am 9. Juli d. J. in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel mit dem Titel: „Wer ist Fehrenbach?“ veröffentlicht. Um Fehrenbach als blutrünstigen Revoluzzer erscheinen zu lassen, erzählt Strathmann mit dem Anspruch des Ohren- und Augenzeugen:

„Nach der Ermordung Eisners bemühte Fehrenbach sich, die Leidensgenossen der Masse mit der Losung „Rache für Kurt Eisner“ aufzupöbeln, um sie politisch auszunutzen. Ich sehe ihn noch inmitten einer uniformierten, bewaffneten Horde auf einem Lastauto mit diesem Schläger auf den Lippen und mit fanatisch verzerrtem Gesicht durch die Straßen Münchens rasen.“

Daran ist kein Wort wahr. Das stellt — o Beach, Herr Dr. Strathmann! — selbst das Urteil gegen Fehrenbach fest, das auf Seite 9 wörtlich sagt:

„Auch auf dem letzten Gange Eisners, am 21. Februar 1919, als dieser ermordet wurde, war Fehrenbach sein Begleiter. Eisner starb unmittelbar nach dem Attentat. Fehrenbach entwickelte eine erstaunliche Ruhe und Umsicht. Zur Beruhigung der Truppen und Münchener Bevölkerung erließ er sofort einen Aufruf. Ueber die Ermordung Eisners und das unmittelbar darauf im Landtage verübte Revoluerattentat auf den Minister Auer berichtete Fehrenbach noch am gleichen Nachmittage in einem außerordentlich klaren und mit historischer Sachlichkeit abgefaßten Bericht an die bürgerliche Bafeler „Nationalzeitung“, deren Mitarbeiter Fehrenbach Mitte Februar geworden war.“

So der alldeutsche Volksgerichtsvorsitzende Oberlandesgerichtsrat Dr. Hah in Urteil über Fehrenbachs Verhalten nach der Ermordung Eisners. Und den Mann, der „eine erstaunliche Ruhe und Umsicht entwickelt“, der „zur Beruhigung der Truppen und der Münchener Bevölkerung sofort einen Aufruf erlassen hat“, will Herr Dr. Strathmann „mit fanatisch verzerrtem Gesicht, Rache für Kurt Eisner fordernd, durch die Straßen Münchens rasen gesehen“ haben. Leidet Herr Dr. Strathmann an Halluzinationen und Visionen oder hat er den „rasenden Fehrenbach“ etwa gar mit vollem Bewußtsein erfunden, um besser beweisen zu können, was er beweisen wollte: „Der Jude muß verbrannt werden!“ Aber erlei, ob ein subjektiver Dolus vorliegt, jedenfalls ist Herrn Strathmanns Erzählung das Gegenteil der Wahrheit. Echt deutschnationale Kampfesweise allerdings.

### Völkische unter sich.

Zwischen dem ganzvölkischen „Deutschen Tageblatt“ Wulles und der nur dreiviertelvölkischen „Deutschen Zeitung“ Maurenbrechers besteht ein erbaulicher Zustand gegenseitiger Liebesbeziehungen. Das Wulleblatt hat dem Maurenbrecherorgan das Schimpf-Monopol gegen die Juden abgenommen und übertrifft den Konkurrenten um ein weidliches. Daher ist die „D. Z.“ ganz betrübt über so viel Unfreundlichkeit und redet dem Wotangenossen von der andern Seite gut zu:

Es geht in diesen Wochen wirklich um größere Dinge, als um die Spaltungen, Lüsteelen, Verdächtigungen und Verdrehungen, die Herr Dinklage in diesen Aufsätzen unternimmt.

In diesen Wochen muß sich entscheiden, ob es einen Ausbruch des nationalen Geistes im gequälten Deutschland noch geben wird oder nicht. In solchen Stunden fünfmal vier Spalten eines Blattes übrig haben für derartigen Bruderzwist unter Gesinnungsgenossen, kann eigentlich nur jemand, der vor überhöhter Hygiene die Wirklichkeit schlechthin nicht mehr zu sehen vermag.

Mit pastoraler Salbung versichert Max Maurenbrecher, daß er bisher dem Streit mit den Wulleblättern aus dem Weg gegangen sei: „aber gegenüber offenkundigen Irrsinn durften wir nicht schweigen!“ Und um diese christliche Bitte völkisch zu versüßen, druckt er einen Brief des Herrn

vom Stein aus dem Jahre 1811 ab, der von der „Kunst der Verleumdung“ spricht, die es zu einem hohen Grade der Vollkommenheit gebracht habe. Der völkische Weggenosß kann sich an solcher Würze den Magen verderben.

Wir sehen, daß die streitbaren Mannen des reinblütigen Germanentums untereinander recht widerborstig sein können. Nur wenn sie gegen die Sozialdemokratie oder einen ihrer Minister die „Kunst der Verleumdung“ üben, sind sie einig. Und wenn es nicht von Heinrich Heine stammte, würden sie sicher oft das schöne Wort zitieren, daß sie sich sofort verfechten, wenn sie sich im — Schmutze finden!

### Rechtsschwenkung in Württemberg.

Eine Rede des Staatspräsidenten.

Stuttgart, 19. Juli. (W.Z.) Bei der Beratung des Nachtrags für 1923 im Landtag erklärte Staatspräsident Dr. Hieber, er sei mehr als je davon überzeugt, daß Deutschland auf den passiven Widerstand an der Ruhr niemals verzichten dürfe. Das Urteil der gestellten Welt über die Friedensbrüche, Zerstörungen und Raubplünderungen Frankreichs mehr und bestesige sich mehr und mehr.

Der Minister bedauerte weiterhin das Ausschleiden der Sozialdemokratie aus der Regierung und verteidigte die Verordnung des Staatsministeriums vom 24. April d. J. über außerordentliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die sich gleichermaßen nach rechts und links gegen jede offene oder geheime Beeinflussung, Unterstützung und Ermunterung politischer oder wirtschaftlicher Bestrebungen durch Terror, durch Gewalt, durch militärische oder halb-militärische Formationen richteten. Neben der Staatsgewalt dürfe es keine militärisch organisierte Macht geben. Es sei ein Verbrechen, wenn sich politische Parteien die Neigung der deutschen Jugend zu militärischen Spielen zu eigen machten, sich damit Werkzeuge schufen und eine Saat säten, die die Gefahr eines Bürgerkrieges nahebringe.

Der sozialdemokratische Redner, Abg. Ulrich (Heilbr.), wandte sich energisch gegen die von Bayern nach Württemberg verpflanzten gemeingefährlichen rechtsradikalen und nationalsozialistischen Umtriebe. In Württemberg sei man auf dem besten Wege, in dieselben unhaltbaren Zustände wie in Bayern zu kommen. Der württembergische Justiz machte er den Vorwurf, daß sie noch nie so einseitig gegen links eingestellt gewesen sei wie gegenwärtig. Wenn die Stoß- und Sturmtruppen der Rechtsradikalen nicht aufgelöst würden, dann würden sich zum Schutze der Republik auch proletarische Abwehrorganisationen bilden. Die Arbeiterschaft Württembergs sei entschlossen, die Republik mit Nägeln und mit Zähnen, nötigenfalls mit organisierter Gewalt zu verteidigen.

Minister des Innern Holz bestritt die einseitige Einstellung der Regierung nach rechts und bemerkte, daß kein Grund vorliege, anzunehmen, daß wir unmittelbar vor einem Bürgerkrieg ständen. Neben der nationalsozialistischen Bewegung laufe auch eine andere nationale Bewegung, die vor allem infolge des Drucks der Franzosen auf das Ruhrgebiet die Jugend ergriffen habe und die man nicht einfach mit der Bezeichnung „nationalistisch“ abtun könne. Von einem Bürgerkrieg in Württemberg könne nicht die Rede sein. Jedenfalls könnten mit unseren staatlichen Nachmitteln, wenn es nötig, alle Gefahren gebannt werden.

Staatspräsident Hieber sieht die Dinge wahrscheinlich allzu rosig an. Es ist sogar außerhalb der württembergischen Grenzen bekannt, daß die Politik seines Landes seit einiger Zeit eine bedenkliche Rechtsschwenkung erfahren hat, besonders beeinflusst durch die Zentrumsminister. Es hat keinen Zweck an solchen Tatsachen vorbeizugehen.

Arbeitslosenunruhen in Palästina. Gegen einen „Aufbruch“ jüdischer Einwanderer in Palästina, die keine Arbeit gefunden hätten, schritt in Ludz zwischen Jaffa und Jerusalem englische Militärpolizei mit Konstablern und Panzerautos ein. 25 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt, mehrere Verhaftungen vorgenommen.

noch einmal, ehe der Blick die einidnigen grauen Mauern der Berliner Mietskasernen aufnehmen mußte. So gelangte ich nach vielem Hin- und Herstreifen zum Dom, einer alten Kirche aus dem 12. Jahrhundert. Da ich schon viel vom 1000jährigen Rosenstock gehört hatte und der alte Bau auch sonst viel Sehenswertes bietet, beschloß ich, einzutreten. Mit dem heiligen Gefühl im Herzen, an einer Stätte zu verweilen, wo Gottes Odem weht, und „wo die Menschen erhaben sind über alles Irdische an Gut und Blut“, trat ich ein, den Hut ehrfurchtsvoll in der Hand haltend.

Ein heiliger Diener in einem langen, roten Kasten, der vom Hals bis zu den Zehenspitzen reicht, stand rechts an einem Pult oder einer Bank und beschäftigte sich mit dem Zählen von deutschen Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheinen. Wertwürdig dachte ich. Um der mir angebotenen Höflichkeit Gedächtnis zu tun, ging ich zu dem Herrn und trug ihm mein Anliegen vor. „500 Mark“ sagte er nur, ohne mich anzusehen und rief von einem kleinen Blad einen Zettel, den er mir hinreichte. 500 Mark? Und zum zweiten Mal dachte ich: Wertwürdig! Ich bezahlte, nahm den Schein und steckte ihn sorgfältig fort, aber 50 Prozent von dem heiligen Gefühl, welches ich beim Eintritt im Herzer hatte, daß die Menschen hier erhaben sind über alles Irdische an Blut und Gut, waren dahin. Einer Schar Reugieriger, welche um das historische Taufbecken herum den Erklärungen eines anderen Herrn im langen, roten Kasten aufmerksam und nicht aufmerksam folgte, schloß ich mich an und horchte zu, denn für 500 Mark konnte ich das ja tun. Aber so sehr ich mir Mühe gab, kein Wort des heiligen Herrn Erklärers zu verstehen, es gelang mir nicht, denn meine Gedanken warteten auf die dritte Wertwürdigkeit.

Vom Taufbecken ging zum großen Korbleuchter, der soundsoviel historische Augenblicke erlebt hat. Dann kam die Christusfäule; hat auch ein langes Register historischer Minuten. Schon ließ die Spantkraft meine Gedanken in Bezug auf die dritte Wertwürdigkeit nach, vielleicht habe ich gleich zu schwarz gesehen. Doch soll man nicht den Tag vor dem Abend loben, denn siehe, da war „es“. Der heilige Diener im roten Kasten führte uns eine Treppe hinauf zum Chor, postierte sich an der Tür, durch welche wir mußten, und verlangte von jedem die Quittung über 500 deutsche Reichspapiermark, um zu sehen, ungefähr so wie der Knipper der Stadtbahn. — Wertwürdig, dachte ich wieder, und weitere 30 Prozent des Gefühls, daß die Menschen hier erhaben sind über alles Irdische an Blut und Gut, waren fort. Aller guten Dinge sind 3, — ob's auch Zugaben gibt? Nun, warten wir ab. Wieder lauschten wir aufmerksam und nicht aufmerksam den Ausführungen des heiligen Dieners im langen, roten Kasten, wieder soundsoviel historischen Begebenheiten. Und dann kam die Zugabe. „Wer nicht alles verstanden hat.“ so erklärte der Herr im roten Kasten, „der kann in diesem Büchlein alles finden, welches bei mir zu haben ist für die Kleinigkeit von 2500 Mark.“ Epaphrodit Kleinigkeit, sagt der heilige Diener, der, ach so armen Kirche. Kleinigkeit, was mancher Leidensgenosse, auch in der heutigen Zeit, noch für ein Vermögen ausbietet. Nun, das ist Ansichtssache. Jedenfalls war aber auch die Kleinigkeit von restlichen 20 Prozent des heiligen Gefühls, welche ich eigentlich retten wollte, verschwunden. Hin ist hin. Der Zeiger der Uhr hatte sich

weiter gedreht, ich konnte die nächsten Wertwürdigkeiten nicht mehr abwarten, und als nicht zu befriedender Heide verließ ich die Stätte, wo Gottes Odem weht und wo die Menschen erhaben sind usw.

Die Sojabohne als Nahrungsmittel. Die Sojabohne, die namentlich in Australien viel angebaut wird und bereits in verschiedenen Ländern als billiges Nahrungsmittel dient, kann in milderer Zubereitung als Mischfutter dienen, fand aber bisher bei uns wenig Anklang, solange noch Kuhmilch reichlicher vorhanden war. Jetzt liegen die Verhältnisse anders, und deshalb wird in einem Gutachten des Reichsgesundheitsamts die Sojabohnenmilch als Nahrungsmittel empfohlen. Sie besitzt neben dem auch anderen Hülsenfrüchten eigentümlichen hohen Gehalt an Eiweißverbindungen einen besonders bemerkenswerten Prozentgehalt von Fettstoffen, nämlich etwa 17,5, und ist daher ein wertvolles Naturprodukt für die menschliche Ernährung. Bei einer Zuführung von Zucker und Feiten ist sie in ihrer Zusammensetzung der Kuhmilch sehr ähnlich, schmeckt aber freilich etwas anders, nämlich nach Erdnüssen. Deshalb kommt sie vorläufig als Säuglings- und Krankennahrung nicht in Betracht. Sonst kann sie aber für allgemeine Gebrauch als „Erdnüssenmilch“ sehr empfohlen werden. Die Haltbarkeit ist gut, und sie läßt sich beim Kochen ähnlich wie Milch verwenden. Zwar fehlt ihr das „Vitamin A“, das in der Kuhmilch gegen Mangel wirksam ist, doch enthält sie „Vitamin B.“ Hoffentlich stellt sich dieses Erfahrmittel im Preise so, daß auch die nicht schreibenden, wuchernden oder spekulierenden Volkskreise sich seiner bedienen können.

Gesetzten-Bornlethheit. Im vorigen Jahre hatte der internationale Ophthalmologenkongress, auf dem die deutschen Augenärzte ausgeschlossen waren, beschloffen, die nächste Tagung 1925 in London zu veranstalten und das Deutsche wie früher als offizielle Kongresssprache zu führen. Jetzt teilt der Ausschuss der britischen Augenärzte, der den Kongress vorbereiten sollte, mit, er müsse die Tagung verschieben, weil zwei französische und eine belgische Gesellschaft beabsichtigt haben, sich an einem Kongress, zu dem Deutsche eingeladen würden, nicht zu beteiligen. Das Londoner Rundschreiben erklärt, daß, wenn der Kongress unter solchen Voraussetzungen weiter arbeitete, das bedeuten würde, einen Streit in den Reihen der Augenärzte zu verewigen und fortdauernd gegen den Fortschritt der Wissenschaft anzukämpfen.

Es wäre unseres Erachtens richtiger, den Kongress an dem vorgeschlagenen Termin ohne die zwei französischen und die belgische Gesellschaft stattfinden zu lassen. Denn die weise Lebensregel, daß der Klügste nachgibt, verliert ihre Berechtigung in dem Augenblick, wo der Idiotismus eine gewisse Grenze überschreitet. Dieser Fall scheint uns hier vorzuliegen.

Ein Tagesbuch aus St. Helena ist dieser Tage in England veröffentlicht worden. Es handelt sich um die Denkwürdigkeiten des Thomas Keade, der Generaladjutant von Napoleons „Kerkermeister“ Gubson Lome auf St. Helena war. Napoleon war anfänglich für Keade sehr eingedenk, bis er sich auch mit ihm, wie mit allen englischen Offizieren, verfeindete und es ablehnte, ihn weiter zu employen. Einen ausführlichen Bericht über seine verschiedenen Verurteilungen bei Napoleon hat Keade in seinem Tagesbuch aufgeschrieben, so auch ein Gepräch, in dem ihm der Kaiser seinen Plan für einen Einfall in England entwickelte.

## Die Vorgeschichte der Ermordung Worowskis

Genf, 20. Juli. „Tribune de Genève“ veröffentlicht eingehende Mitteilungen über die Vorgeschichte der Ermordung des russischen Bevollmächtigten in Lausanne, Worowski, und zwar auf Grund des nunmehr dem Verteidiger zugegangenen Aktenmaterials des Untersuchungsrichters. Danach hat Conradi die Tat gemeinsam mit dem Sekretär des alten russischen Roten Kreuzes in Genf, Pulinin, von langer Hand vorbereitet und sich bereits am 13. April d. J. nach Berlin begeben, um dort Tschischewin, Krasin und Admiral Behrens zu ermorden. Er traf sie dort nicht an, kehrte darum nach der Schweiz zurück und beschloß nun, auf Vorschlag Pulinins, Worowski zu töten. Pulinin begab sich selbst von Genf nach Lausanne, um das Terrain zu sondieren. Conradi schiffte die Kugel, um den Tod sicherer herbeizuführen.

Pulinin erklärte vor dem Untersuchungsrichter, daß er regelrecht als Journalist bei der Lausanner Konferenz beglaubigt gewesen sei und im Circle de la Presse verkehrt habe. Als Grund dafür, weshalb er Conradi gerade die Ermordung Worowskis empfahl, gab er an, er habe deshalb Worowski bezeichnet, weil er ihn besonders für befähigt hielt, die Interessen der Sowjets in Lausanne zu vertreten und von der Konferenz ihre Zulassung zu verlangen. Pulinin erklärte weiter, daß, falls Conradi mit seinem Vorhaben gescheitert wäre, er selbst die Tat begeben hätte.

„Tribune de Genève“, der die Verantwortung für diese Mitteilungen überlassen werden muß, schreibt dazu: Beim Lesen des umfangreichen Aktenmaterials erhält man den deutlichen Eindruck, daß andere, noch unbekanntere Personen ebenfalls der Ermordung nicht fernstehen. Die Gerichtsverhandlung wird noch Ueberarbeitungen bringen, denn man hat es mit einem wahren Komplotz zu tun. Der Prozeß wird wahrscheinlich Anfang September in Lausanne beginnen.

## Die Reaktion in Lettland.

Genosse Bruno Kalnin, Riga schreibt uns: Während der letzten Monate ist die reaktionäre Aktivität des rechten Flügels der lettischen Bourgeoisie stark angewachsen. Die Teilnahme der Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an der Koalitionsregierung erschien breiten Kreisen des Bürgertums als eine „sozialistische Gefahr“, die mit allen Mitteln niedergelämpft werden mußte. Unter der Parole der Vernichtung der Sozialdemokratie als einer Partei, die mit ihren sozialistischen Experimenten und „übergroßer Demokratie“ das Land zugrunde richten wollen, wurde der nichtproletarische Teil der Bevölkerung systematisch bearbeitet. Zu derselben Zeit wurde ein sog. „nationaler Klub“ gegründet mit der Aufgabe, sozialistische Angriffe gegen die Sozialdemokratie und andere Arbeiterorganisationen zu organisieren. Die Tätigkeit dieses Klubs ist ausgesprochen antisemitisch. Die Mitglieder rekrutieren sich aus Korpsstudenten und konservativ-nationalen Offizieren.

Man muß zugeben, daß die Reaktion für ihre Offensive in der neuen Republik Lettland den günstigsten Zeitpunkt ausgewählt hatte, denn die durchgeführte Agrarreform, wobei circa 70 000 Landlosen- und Landarbeiterfamilien je 22 ha Land des baltischen Adels erhielt, hat beträchtlich die politische Aktivität dieser halbproletarischen Massen gedämpft und ihr ganzes Interesse fast ausschließlich ihrem neuen Grundbesitz zugewandt. Das städtische Proletariat ist aber seit Anfang des Krieges wegen Zerstörung und Leberführung der lettischen Industrieanlagen nach Rußland um drei Viertel seines früheren Bestandes vermindert und besteht jetzt nur aus ungefähr 60 000 Industriearbeitern (bei einer Bevölkerung von 1 800 000), die dazu noch stark durch Arbeitslosigkeit leidet. Die Arbeiterschaft ist daher nicht imstande, größere politische Aktionen kräftig zu unterstützen, wie das früher, während der Revolution 1905—1907 der Fall war.

Die Ereignisse des 1. Mai d. J. in Riga führten zum ersten blutigen Zusammenstoß zwischen der nationalistischen Reaktion und der Sozialdemokratie. In mehrstündigen bewaffneten Zusammenstößen, die von den Faschisten provoziert wurden, gab es circa hundert Schwer- und Leichtverwundete sowohl auf Seite der Reibdemonstranten und der sozialdemokratischen Ordnerorganisation als auch auf Seite der reaktionären Angreifer. Es war allen klar, daß dieses nur der erste Krawall sein wird, welchem noch andere, viel ernstere folgen können.

Die Sozialdemokratie forderte energische Maßnahmen gegen die faschistische Reaktion (Befreiung der Schuldigen, Schließung des Nationalen Klubs, Reorganisation der Polizei). Das demokratische Zentrum mußte sich entscheiden: sollte es auch weiter mit der Sozialdemokratie gehen und mit ihr die wachsende nationale Reaktion niederringen, oder die Koalition mit der Arbeiterpartei auflösen und eine neue Koalitionsregierung zusammenstellen, welche die Verbrechen der Reaktionäre dulden würde. Das demokratische Zentrum und der Bauernbund erwählten das letztere. Sie gaben sich mit einer konfuse Untersuchung der Ereignisse des 1. Mai zufrieden und weigerten sich, die Forderungen der Sozialdemokratie anzunehmen. Darauf berief die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ihre Vertreter aus der Regierung ab. Die sozialistisch-bürgerliche Koalition war damit aufgelöst.

Die Verhandlungen über die Gründung einer neuen Regierung dauerten fast zwei Monate lang. Ohne Beteiligung der Sozialdemokratie, aber mit Beteiligung der äußersten Reaktion ist es zuletzt doch gelungen, am 26. Juni ein Kabinett unter Vorsitz des Führers des Bauernbundes S. Meierovich zusammenzustellen, das aus Bauernbund, demokratischem Zentrum und Nationalsozialisten besteht und von einigen noch weiter rechts stehenden Nationalisten unterstützt wird. Die Nationalsozialisten, die sich noch immer den Namen „Menschewisten“ beilagen, haben sich kategorisch geweigert, in eine Regierung einzutreten, an der auch die Vertreter der alten sozialistischen Partei teilnehmen würden. Dagegen sind sie gleich bereit gewesen, das lettische Proletariat — selbstverständlich ohne jegliche Vollmacht — in der Regierung Meierovich zu „repräsentieren“, in einer Regierung, die unter der Parole der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Aufrechterhaltung der bürgerlich-faschistischen „Ordnung“ zustande kam und die dabei sich der Unterstützung der reaktionären Parteien erfreut.

Die Regierung Meierovich kann sich auch nur mit dieser Unterstützung halten, denn die Regierungskoalition hat nur 46 Parlamentsabgeordnete von 100 hinter sich. Das zwingt sie, den politischen Kurs immer mehr nach rechts zu nehmen und allerlei faschistische Umtriebe zu dulden. Diese volle Abhängigkeit von der antisemitisch-nationalistischen Reaktion hat sich schon in massenhaften Verhaftungen der Funktionäre der Arbeiterorganisationen und der Sozialdemokratie in verschiedenen Teilen des Landes bekundet.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die bei den letzten Parlamentswahlen 242 000 Stimmen oder 31 Proz. erhalten und die gesamten gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen Organisationen der Arbeiterschaft hinter sich hat, erklärte von Anfang an der neuen Regierung entschiedenen Kampf. Man kann die Hoffnung hegen, daß sie die nötige Kraft besitzen wird, mit Erfolg für die Interessen der proletarischen Massen der jungen Republik Lettlands zu kämpfen.

## Die „Wilden“.

Von einem in der Jugendbewegung tätigen Genossen wird uns geschrieben:

Misurierungen gibt es überall und hat es auch bei der wandernden Jugend stets gegeben. Der gesunde Teil dieser Jugend, der immer in der Rinderheit war, vermochte es bisher fast mühelos, das Widerstreben in die Schranken zu weisen. Die Dinge haben sich einigermaßen geändert. Im Laufe der Zeit und in diesem Jahre in erschreckendem Umfange hat sich etwas herausgebildet, was mit Ermahnungen nicht mehr zu erziehen ist: die Wildenplage. Ein Erlebnis, herausgegriffen aus ungezählten, soll das Gefüge verdeutlichen:

„Wir stehen auf der Plattform des Bahnhofs Groß-Beesten und erwarten den Zug in Gemeinschaft vieler anderer Auszügler. Ein Trupp Wilder bildet einen Chor und unterhält die Reisenden mit heiserer Stimme. Kein Mensch sagt etwas — man ist duldlos geworden, aus Trägheit, aus gefühlter Machtlosigkeit. Die Wiederwerden inzwischen immer anzüglicher. Man ist bei einem ganz gemeinen Bordellied angelangt. Nun wird es mir zu bunt. Also rufe ich noch immer verbindlich: „Rund halten!“ Der Erfolg davon ist, daß sich einige der jungen Leute absondern und ihre Leute „bewachen“, d. h. mit dem Summknüttel, den die meisten dieser Leute besitzen, drohen. Einzelfall? Fragt die Jugendbewegung, sie werden noch ganz andere Dinge berichten. Da die Wilden Jugendherbergen in der Regel nicht benutzen (d. h. sie werden nicht hineingelassen, da sie gegen Abend in der Regel betrunken sind), schlafen sie in Zelten. Bis tief in die Nacht hinein sieht man da die Feuer im Walde lodern. Wie soll das werden, wenn es draußen blüht wird? Dann kommen Waldbrände — und es sind natürlich die Wandervögel gemeint. Das Publikum kann ja immer noch nicht unterscheiden. Die Bauern weigern sich mehr und mehr, wandernde Jugend aufzunehmen. „Es ist zu gefährlich“, sagen sie, „die jungen Leute rauchen trotz unserer Verwarnungen.“ Brennt dann einmal eine Scheune, dann liest man in der Presse, daß Wandervögel übernachtet haben und — — —

Genossen, das sind ein paar Bemerkungen zu einer Sache, mit der wir uns Jugendbewegler ernstlich befassen, und wobei wir um tatkräftigen Beistand der erwachsenen Arbeiter bitten. Ihre Hilfe ist notwendig, denn es steht ein Stück Volkswohlfahrt auf dem Spiel.

## Eine Woche ohne Nahrung.

### Ein 73jähriger unter den Großstadthänen.

Wir berichteten kürzlich über das traurige Schicksal eines Greises, der seit fast zwei Wochen verschunden war. Es handelt sich um den 73 Jahre alten Lehrer Emil Stamm, der am Sonntag vor acht Tagen abends um 8 Uhr mit seiner geistesgestörten Frau aus Eberfeld-Barmen auf dem Potsdamer Bahnhof eintraf, um Verwandte zu besuchen. Die Frau wurde Montag planlos umherirrend auf der Straße getroffen und von der Schutzpolizei den Verwandten zugeführt. Der Greis blieb spurlos verschwunden. Am Donnerstag voriger Woche versuchten zwei Männer das Gepäc des Ehepaares vom Bahnhof abzuholen, wurden aber dabei festgenommen. Das Raubdezernat der Kriminalpolizei ermittelte dann weiter eine Gesellschaft von Fiedberern mit ihrem Anhang, die dem Greise 250 000 M. gestohlen hatten. Man befürchtete, daß Stamm beiseitegebracht und ins Wasser geworfen worden sei. Das hat sich zum Glück nicht bestätigt. Gestern fand man den altersschwachen Mann ganz erschöpft auf dem Dönhofsplatz auf einer Bank sitzend, und brachte ihn ebenfalls zu seinen Angehörigen. Er erinnert sich nur dunkel, was mit ihm geschehen ist. Bald nach dem Verlassen des Bahnhofes fand er im Straßengewühl seine Frau nicht mehr und irrte nun planlos in Berlin umher. Etwa am vierten Tage, wie er meint, geriet er in der Gubener Straße, wie feststellte wurde, vor dem Hause Nr. 2, als er vor einem geschlossenen Lokal saß, den Heberern in die Hände, die ihm alles Geld abnahmen. Eine goldene Damenuhr mit langer goldener Kette, die er in ein Taschentuch eingepackt hatte, und eine Brillantnadel fanden sie aber nicht. Der Greis hat in der ganzen Zeit nichts gegessen und nur Brunnenwasser getrunken. Die beiden Fiedberer wurden festgenommen. Einer von ihnen ist ein gewerkschaftlicher Spezialist, ein 30 Jahre alter Appelt, der in seinen Kreisen unter dem Spitznamen „Ape“ bekannt ist.

## Ein Schwerverbrecher gesucht.

Von der Strafkammer zu Potsdam wurden kürzlich der Strafankaloberwachtmann Georg Prinz aus Ludenwalde wegen Gefangenenerbrennung und passiver Bestechung zu einem Jahr Zuchthaus und wegen aktiver Bestechung der Bankbeamte Jean Raffonnet und der Kaufmann Karl Schinkel zu 9 bzw. 6 Monaten Gefängnis verurteilt, während der Polizeibetriebsassistent Erner aus Ludenwalde freigesprochen wurde. Es handelte sich um die Befreiung Raffonnets, der wegen Landesverrat und Spionage zugunsten Frankreichs im Amtsgerichtsgefängnis zu Ludenwalde saß. Raffonnet war durch Betrug in den Besitz einer großen Geldsumme gelangt, mit der er dann Prinz bestach. Eine führende Rolle bei den Betrügereien spielte ein gewisser Alois Schick, der 26 Jahre alt und aus Zellhausen im Kreise Offenbach gebürtig ist. Dieser Schick ist ein gefährlicher Verbrecher, der wegen Betruges, Raubes und anderer schwerer Verbrechen von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht wird. Auf seine Ergreifung ist jetzt, abgesehen von den schon früher ausgeführten, eine Belohnung von 10 Millionen Mark ausgesetzt. Mitteilungen über den Verbleib des Gesuchten nimmt unter Zusage strengster Vertraulichkeit die Kriminalpolizeistelle in Berlin N. 24, Friedrichstraße 129, Anruf Norden 9875 oder Hausanruf des Polizeipräsidiums 243 entgegen.

## Zehn Monate ohne Mietzahlung.

Beim Wohlfahrtsministerium ist in Beschwerde geführt worden, daß ein mehrerer Hausbesitzer K. in Treptow-Park seit Oktober 1922 den Mietvertritten trotz häufiger Aufforderungen keine Rechnungen vorgelegt und demzufolge von den etwa 250 Mietern eines ganzen Häuserblocks in der Krüllstraße keine Mieten eingezogen hat. Die Mietervertretung des einen Hauses hat ihrerseits die Mieten nach Pauschalberechnung eingezogen und auf Girokonto hinterlegt. Sie will sich aber nicht noch länger damit befassen und hat das Ministerium ersucht, die Zwangsverwirklichung des K'schen Häuserblocks anzuordnen. Für die Mieter, die seit Oktober überhaupt noch nichts bezahlt haben, wächst die Gefahr, daß sie die aufgelaufene Miete, im Einzelfall weit über 100 000 M. schließlich nicht mehr zahlen können. Jedenfalls muß doch dieser Hauswirt, was sich das „Grundbesitzeramt“ merken mag, so länglich situiert sein, daß er auf die Miete verzichten kann. Natürlich werden in diesen Häusern auch keinerlei Instandsetzungen vorgenommen.

## Das interkonfessionelle Plakat.

Man soll sich über jeden Fortschritt freuen, auch wenn er noch so winzig ist, und mit Lob nicht zurückhalten, wenn es etwas gibt, woran man seine Lust haben kann. Seit langem besteht bekanntlich die Bahnhofsmission in den großen Städten, deren Angestellte auf den verkehrsreichen Bahnstationen auf naive und unwissende Entschimmungen aus dem Reich achten, damit sie nicht in schlechte Hände fallen und unter dieäder geraten. Man sollte meinen, daß dieses Werk der Nächstenliebe mit Konfession und Bekenntnis nichts zu tun habe und daß in dieser Bahnhofsmission alle

Konfessionen zu denselben schönen Zielen zusammenarbeiten. Weit gefehlt! Gerade die Leute, die die Religion gepachtet zu haben scheinen und damit pröhen, daß nur sie die wahren Kinder Gottes sind, bekämpfen sich auf alle mögliche Weise. Auch in der Bahnhofsmission kocht jede Religionsgemeinschaft ihre eigene Suppe, und je nach Temperament und Leidenschaft kocht dieser und jener dieser und jener Religionsgemeinschaft nicht über Luft, dem anderen in die Suppe zu spucken, wobei hier ganz unerörtert bleiben soll, ob mehr Fanatismus auf Seiten der Evangelischen oder bei den Katholischen war.

Dieser fatale Zustand hat sich nun erfreulicherweise geändert. In den Eisenbahnwagen steht man ein Plakat der Bahnhofsmission, auf dem die Evangelischen und Katholischen gemeinsam auf ihre sozialen Bestrebungen hinweisen. Ja, auf demselben Plakat, man stehe und stamme gebührend, ist auch, wenn auch ganz klein und gewissermaßen nur so am Rand, der Jüdische Frauenbund unter Angabe seines Bureaus verzeichnet. Immerhin!

Der einfache Menschenverstand kann allerdings nicht begreifen, daß das Seelenheil eines jungen evangelischen Mädchens gefährdet werden könne, wenn es auf einem Bahnhof durch ein jüdisches Mitglied der Bahnhofsmission vor den Gefahren der Großstadt gewarnt wird. Früher dachten freilich gewisse Herrschaften anders darüber. Man macht eben Fortschritte in Preußen! Freuen wir uns! (Jahresheft)

## Explosion in einem Filmatelier.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich gestern nachmittag im Max-Film-Atelier in der Franz-Josef-Str. 7/7 in Weihensee. Hier war man damit beschäftigt, Aufnahmen zu dem Paul-Vent-Film „Das Wachsfigurenkabinett“ zu machen. Als Explosionsgrund ist anzunehmen, daß verkehrtlich ein falsches Pulver, das zur Erzeugung gewisser Rauchwirkung dient, verwendet wurde. Hilfsregisseur Riebusch, der neben der Explosionsstelle im Glasbau stand, erhielt lebensgefährliche Verletzungen und fand gemeinsam mit dem Arbeiter Joske im Weihensee-Krankenhaus Aufnahme. Der leitende Regisseur Paul Vent rief den Verunglückten die brennenden Kleider vom Leibe und verhielt sich so noch schwerere Verletzungen. Weiter wurde der Schauspieler Emil Jannings an den Augen verletzt.

## Die Gültigkeit der Rückfahrkarten im August.

Die Gültigkeit der Fahrkarten mit vierstägiger Geltungsdauer wird aus Anlaß der Tarifserhöhung zum 1. August nicht beschränkt. Mit diesen Fahrkarten kann die Fahrt innerhalb der vierstägigen Geltungsdauer angetreten werden. Sie muß jedoch innerhalb der vierstägigen Geltungsdauer beendet sein. Dies gilt auch für die mit „Rückfahrt“ gekennzeichneten Fahrkarten. Mit Fahrkarten von längerer Geltungsdauer als vier Tagen, die mit einem Tage des Juli abgetempelt sind, muß die Fahrt jedoch bis spätestens 3. August angetreten werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein gewerkschaftlicher Butterhändler wurde gestern in der Schöneberger Straße festgenommen. Viele Geschäfte erhielten seit einiger Zeit den Besuch eines jungen Mannes, der sich bald Käse, bald Schröder nannte. Er bot zu einem verlockenden Preise Butter in größeren Mengen an, stets bei Reuten, die durch eine Zeitungsanzeige diese Ware gesucht hatten. Er mußte kein Angebot stets zu vorzubringen und zu begründen, daß man ihm volles Vertrauen schenkte und die gewünschte Anzahlung leistete. Dann ließ er aber nichts mehr von sich hören. Besten tauchte der Schwindler bei einem Kaufmann in der Schöneberger Straße auf. Dieser schöpfte Verdacht, ging zum Schein auf den Handel ein, ließ aber heimlich einen Beamten der Schutzpolizei holen, der den Mann festnahm. Bei der Kriminalpolizei entpuppte sich der Verkäufer als ein 24 Jahre alter Autoschlosser Max Wegener. Betrogene, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich bei der Dienststelle B. II. 1. a. im Zimmer 110 des Polizeipräsidiums melden.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund veranstaltet heute abend 8½ Uhr im Reiterlaale, Adthener Straße 38, eine Feler zum Gedenken Ludwig Bambergers. Gedendete: Reichsminister des Innern Defer. Als persönlicher Freund Bambergers nimmt das Wort Max Broemel, ehemaliges Mitglied des Reichstags, Am Platz: Egdert Grape.

Absturz eines Riesenflugzeugs. Ein mächtiges Flugzeug, das zur Beförderung von 32 Passagieren gebaut war, stürzte gestern bei seinem ersten Versuchsfahrt aus einer Höhe von 130 Metern ab. Die 3 Passagiere, die es mit sich führte, wurden schwer verletzt. Der Bau des Aeroplans hatte etwa 100 000 Dollar gekostet. Beim Aufschlag auf den Boden geriet die Maschine in Brand und wurde beinahe vollständig zerstört.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mäßig warm, zeitweilige heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Friedrichshagen. Die Abteilungen werden arbeiten, das Delegationsmaterial (am Sonnabend um 2 Uhr) nach dem Gaubau Friedrichshagen zum Genossen Günther zu schicken. Auch ist dort mit dem Genossen Günther abzurechnen. — Aktion. B. F. P. Metallarbeiter! Sonntag früh 9 Uhr. Treffpunkt zur Bahnhofsstraße bei Witzsch, Petersburger Straße 5. Am Montag von 12 Uhr an abends. Erheben in die Nacht.
  14. Abt. Wohlthäter versammeln sich Sonntag pünktlich 9 Uhr bei Dietz, Steinstraße 54.
  16. Abt. Heute, Freitag abend 7 Uhr, bei Döbigs, Straßburger Straße 11: Sitzung der Reinarbeiter, Betriebsratsauswahl und Parteifunktionäre.
  - 20., 44. und 49. Abt. Die Metallarbeiter treffen sich Sonntag früh 9½ Uhr bei Dietz, Steinstraße 54.
- Jungsozialistene Gruppe Friedmann. Sonnabend: Nachfahrt nach dem Leipziger. Treffpunkt: 5 Uhr nachmittags, Bahnhof Wilmersdorf-Friedmann.

## Devisenkurse.

	20. Juli		19. Juli	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	110722.50	111277.50	85386.—	85814.—
1 argentinische Papier-Peso	95716.—	96240.—	74812.50	75187.50
1 belgischer Franc	13615.50	13684.15	10578.50	10626.50
1 norwegische Krone	45985.—	46115.—	35511.—	35689.—
1 dänische Krone	40675.—	50125.—	35304.—	35496.—
1 schwedische Krone	74812.50	75187.50	57855.—	58145.—
1 finnische Mark	—	—	5985.—	6015.—
1 japanischer Yen	137655.—	138345.—	—	—
1 italienische Lire	12169.50	12230.50	8950.50	8988.50
1 Pfund Sterling	129675.—	130325.—	99750.—	100250.—
1 Dollar	283290.—	284710.—	217455.—	218545.—
1 französischer Franc	16359.—	16441.—	12705.—	12832.—
1 brasilianischer Milreis	28927.50	29072.50	—	—
1 Schweizer Franc	49575.—	50125.—	37907.—	38095.—
1 spanische Peseta	40299.—	40501.—	31122.—	31278.—
100 österr. Kronen (abgef.)	—	—	311.22	312.78
1 tschechische Krone	8478.50	8521.50	6503.50	6536.50
1 ungarische Krone	—	—	24.96	25.07
1 bulgarische Leva	2758.—	2767.—	1995.—	2005.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	2654.—	2666.—

